

Inhaltsübersicht

§ 1 Einführung	1
A. Problemstellung.....	1
B. Darstellung der höchstrichterlichen Rechtsprechung.....	11
C. Untersuchungsgegenstand.....	21
D. Zielsetzung.....	24
§ 2 Zum Diskussionsstand	27
A. Die BGB-Gesellschaft – ein Beispiel herausragender Abstraktion?....	27
B. Das Verbraucherrecht – ein juristisches Schwarz-Weiß-Denken.....	31
C. Der gegenwärtige Diskussionsstand zur Verbraucherefähigkeit der BGB-Gesellschaft.....	33
§ 3 Die Entwicklung der BGB-Gesellschaft zu einem selbstständigen Rechtssubjekt	57
A. Einleitung	58
B. Sinn und Zweck der deutschen Gesamthand am Beispiel der BGB-Gesellschaft.....	63
C. Die Umsetzung der Gesamthand	66
D. Die Hintergründe des Modellwechsels	71
E. Rückschlüsse für die Verbraucherefähigkeit einer rechtsfähigen Außen-Gesellschaft.....	93
§ 4 Die Beschränkung des Verbraucherschutzes auf die natürliche Person	97
A. Das EuGH-Urteil zur fehlenden Verbraucherefähigkeit der Eigentümergeinschaft.....	102
B. Rechtsfähige Personenmehrheit und juristische Person	104
C. Kriterien zur Erfassung einer rechtsfähigen Personenmehrheit als Verbraucher	117
§ 5 Zusammenfassung der Ergebnisse	131
A. Die nur aus natürlichen Personen bestehende Außen-GbR.....	131
B. Die personell gemischte Außen-GbR	134
§ 6 Bewertung der Thesen im Lichte des Referentenentwurfs	137
A. Der rechtspolitische Hintergrund des Entwurfs.....	139
B. Die Änderungen im BGB-Gesellschaftsrecht im Überblick	142
C. Zusammenfassung.....	155
§ 7 Abschließende Thesen	157

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	1
A. Problemstellung.....	1
B. Darstellung der höchstrichterlichen Rechtsprechung.....	11
C. Untersuchungsgegenstand.....	21
D. Zielsetzung.....	24
§ 2 Zum Diskussionsstand	27
A. Die BGB-Gesellschaft – ein Beispiel herausragender Abstraktion?....	27
I. Das geltende Recht	27
II. Der bestehende Reformbedarf	29
B. Das Verbraucherrecht – ein juristisches Schwarz-Weiß-Denken.....	31
C. Der gegenwärtige Diskussionsstand zur Verbraucherefähigkeit der BGB-Gesellschaft.....	33
I. Kritische Betrachtung von BGH, NJW 2017, 2752: Die Versagung des Verbraucherschutzes für personell gemischte BGB-Gesellschaften	35
1. Analyse	35
2. Bewertung.....	39
3. Zusammenfassung.....	42
II. Analyse von BGH, NJW 2002, 368: Die grundsätzliche Verbraucherefähigkeit einer rechtsfähigen BGB-Gesellschaft.....	43
1. Die Veränderung des Diskussionsstandes durch die Geschehnisse der Jahre 2000/2001	43
2. Der Diskussionsstand vor den Jahren 2000/2001	47
a) Begründung der Schutzwürdigkeit	49
b) Übertragung der Gedanken auf die heutige Haftungssituation.....	52
3. Zusammenfassung.....	55
§ 3 Die Entwicklung der BGB-Gesellschaft zu einem selbstständigen Rechtssubjekt	57
A. Einleitung	58
B. Sinn und Zweck der deutschen Gesamthand am Beispiel der BGB-Gesellschaft.....	63
C. Die Umsetzung der Gesamthand	66
I. Die gesamthänderische BGB-Gesellschaft als Rechtssubjekt	67
II. Die gesamthänderische BGB-Gesellschaft als Schuldverhältnis mit einem Sondervermögen	68
III. Gegenüberstellung beider Ansätze	70
D. Die Hintergründe des Modellwechsels	71
I. Gesetzesauslegung	73
1. Gesetzesänderungen der 90er Jahre am Beispiel des UmwG	73

2.	Auslegung der §§ 705 ff. BGB	74
3.	Fazit	78
II.	Die Gesamthandslehre nach <i>Otto von Gierke</i>	78
1.	Darstellung	78
2.	Bewertung	80
3.	Fazit	82
III.	Sachgerechtigkeit	83
1.	Die Auswirkungen eines Gesellschafterwechsels auf Dauerschuldverhältnisse und auf die Haftung der eintretenden Gesellschafter	83
2.	Die Auswirkung eines Rechtsformwechsels zwischen der BGB-Gesellschaft und der OHG	87
3.	Fazit	90
IV.	Zusammenfassung	90
E.	Rückschlüsse für die Verbraucherefähigkeit einer rechtsfähigen Außen-Gesellschaft	93
§ 4	Die Beschränkung des Verbraucherschutzes auf die natürliche Person	97
A.	Das EuGH-Urteil zur fehlenden Verbraucherefähigkeit der Eigentümergeinschaft	102
I.	Der Sachverhalt und die Entscheidungsgründe	102
II.	Bewertung und Ausblick	103
B.	Rechtsfähige Personenmehrheit und juristische Person	104
I.	Der europäische Verbraucher: nicht nur eine Einzelperson	107
1.	Die EuGH-Rechtsprechung zur „Einzelperson“	107
2.	Die Schutzrichtung der europäischen Verbraucherrichtlinien	109
3.	Zwischenergebnis	111
II.	Die Rechtsfähigkeit als ungeeignetes Beurteilungskriterium für die Verbraucherefähigkeit	111
1.	Die Rechtsfähigkeit von Personengesellschaften im deutschen und im französischen Recht	113
2.	Konsequenz für das europäische Verbraucherrecht	115
III.	Fazit	116
C.	Kriterien zur Erfassung einer rechtsfähigen Personenmehrheit als Verbraucher	117
I.	Die überindividuelle Rechtsfähigkeit	119
II.	Die haftungsrechtliche Besserstellung der Mitglieder einer juristischen Person	121
III.	Die unternehmerische Ausrichtung und die Eintragung in ein öffentliches Register	123
1.	Die Eintragung in ein öffentliches Register	124
2.	Die unternehmerische Ausrichtung des Personenverbandes	126
3.	Schlussfolgerung	128

IV. Rückschlüsse der Untersuchungen für die BGB-Gesellschaft	129
§ 5 Zusammenfassung der Ergebnisse	131
A. Die nur aus natürlichen Personen bestehende Außen-GbR	131
B. Die personell gemischte Außen-GbR	134
§ 6 Bewertung der Thesen im Lichte des Referentenentwurfs	137
A. Der rechtspolitische Hintergrund des Entwurfs	139
B. Die Änderungen im BGB-Gesellschaftsrecht im Überblick	142
I. Die Veränderung des gesetzlichen Leitbilds der BGB-Gesellschaft	143
1. Die rechtsfähige BGB-Gesellschaft	143
2. Die Abgrenzung zwischen der rechtsfähigen und der nicht rechtsfähigen Gesellschaft	145
a) Kein Registerzwang	145
b) Keine gesetzlichen Vermutungsregeln zugunsten der rechtsfähigen Gesellschaft	146
c) Konsequenz	147
3. Die künftige Haftungsverfassung der BGB-Gesellschaft	148
a) Die Kodifikation der bisherigen Rechtspraxis	148
b) Haftungsbeschränkungen zugunsten der Gelegenheitsgesellschaften?	149
c) Konsequenz	151
II. Die Innovationen des Entwurfs	153
1. Insbesondere: die Einführung eines Gesellschaftsregisters	153
2. Konsequenz	155
C. Zusammenfassung	155
I. Der Ansatz des Referentenentwurfs	155
II. Die Konsequenz für die verbraucherrechtliche Einordnung der GbR	156
§ 7 Abschließende Thesen	157